Senioren Union CDU

Newsletter

Berlin, 25.02.2021

Liebe Freunde der Senioren Union,
liebe Freunde der Senioren-Union der CDU Deutschlands

der von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn beabsichtigte Einsatz von Corona-Schnelltests für alle Bürger ist richtig und muss schnell als möglich in der Tat umgesetzt werden. Wir sind damit auf einem guten Weg und müssen testen, testen, testen. Sie seine ausreichende Impfquote in der Bevölkerung erreicht ist.
Zusätzlich werden wir uns als Senioren-Union mit Nachdruck für die Zulassung von Selbsttests einsetzen, weil diese auch für medizinische Laien einfach zu handhaben sind und z.B. in Kindergärten, Schulen und Heimen entscheidende Hinweise auf Ansteckungsgefahren geben können. Warnen möchte ich ausdrücklich vor einem Wettlauf der Schnelleister bei Lockerungen in der Corona-Pandemie.

Wer angesichts der Mutationen des Virus' vorschnell Lockerungen fordert, handelt unverantwortlich. Ich unterstütze die Ankündigung der Bundeskanzlerin, eine schriftweise Öffnungsstrategie erst nach umfangreichen Tests zu ermöglichen. Ohne Tests und Impfungen droht ein erneuter Anstieg der Sterberate gerade bei den besonders gefährdeten Älteren.

Anlass zu Hoffnung gibt die neue Studie zum Impfstoff von Biontech-Pfizer, die eine erfolgreiche Bekämpfung der Corona-Pandemie in Aussicht stellt. Das macht Mut, dass es nach unfangreichen Impfungen bald Beschränkungen schriftweise aufheben und zu einem normalen Leben zurückkehren können.

Mit herzlichen Grüßen

Prof. Dr. Otto Wulff
Bundesvorsitzender Senioren-Union der CDU Deutschlands

Zukunft der Hilfe und Pflege zu Hause sicherstellen

BAGSO lobt „Zwei Positionspapiere zur ambulanten Pflege vor

Die Rahmenbedingungen für die ambulante Pflege müssen verbessert werden. Das fordert die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen in ihren Positionspapier „Zukunft der Hilfe und Pflege zu Hause". Rund achtzig Prozent der Pflegebedürftigen werden derzeit zu Hause versorgt, die meisten fast ausschließlich von Angehörigen. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird in den kommenden Jahren weiter steigen, während gleichzeitig immer weniger Angehörige Pflegearbeit übernehmen.

Die BAGSO fordert, dass die Voraussetzungen für den Verbleib zu Hause verbessert werden. Präventive Hausbesuche müssten bundesweit angeboten werden, um frühzeitig Hilfebedarfe älterer Menschen zu erkennen und passgenaue Unterstützung zu organisieren. Dazu gehören auch haushaltsnahe Hilfen und Angebote zur Alltags- und Lebensgestaltung. Pflegende Angehörige müssten durch den Aufbau gemeinter Pflegenetzwerke unterstützt und die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessert werden. Für die sogenannte 24-Stunden-Betreuung durch meist osteuropäische Hilfskräfte fordert die BAGSO dringend gesetzliche Initiativen, um die verschiedenen Probleme dieser Betreuungsform zu lösen. Die medizinische Versorgung müsse u. a. durch den Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen, eine bessere, nahtlose, grenzüberschreitende Behandlung und Rehabilitationsangebote gewährleistet werden.

Nach Ansicht der BAGSO kommt eine integrierte Gesetzgebung und Koordination zukunftsfähiger Unterstützungs- Versorgungs- und Pflegestrukturen eine besondere Rolle zu. Für die Erfüllung dieser Aufgaben müssten sie angemessen ausgestattet werden.

Zum Positionpapier: Zukunft der Hilfe und Pflege zu Hause"

Bundeswehr gefordert wie noch nie

Corona-Einsatz schlägt sich im Jahresbericht der Wehrbeauftragten 2020 nieder

Zum unbestrittenen Zeitpunkt der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages erklären der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Henning Otte, und der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, Professor h.c. Dr. Karl A. Lamers u.a.:

Henning Otte: "Unsere Soldatinnen und Soldaten sind auch wegen der Corona-Unterstützungseinsätzen gefordert wie noch nie. Mit über 5.400 erledigten Amtshilfeersuchen zur Bewältigung der Corona-Pandemie sind insbesondere der Sanitätsdienst und die für territoriale Aufgaben zuständige Streitkräftebasis überdurchschnittlich belastet. Dies schlägt sich auch im Jahresbericht 2020 der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages nieder. Es ist gut, dass wir von den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr verlassen können – im Auslandseinsatz für unsere Sicherheit und im Inland für die Gesundheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Karl Lamers: "Zunächst im Hinblick auf den Wehrbeauftragten für ihren Bericht danken und die Bedeutung des Bundeswehr hervorheben, insbesondere dass sie neben der aktuellen Einsatzbereitschaft auch einen herausragenden Beitrag bei der Bekämpfung der Pandemie leistet. Derzeit sind von den 25.000 Soldatinnen und Soldaten im Kontingent 18.454 im Dienst. Das ist großartig und zeigt, dass die Bundeswehr dann da ist, wenn sie gebraucht wird. Wir haben sie bei Waldbränden, Hochwasser und anderen schwierigen Situationen im Lande gesehen.

Grüne und FDP verhindern Anti-Hass-Gesetz für das Netz

Die Bedrohung durch politisch motivierte Gewalttäter ist hoch. Viele radikalisieren sich anonym im Netz. Für die CDU ist klar: Hass im Netz müssen wir unterbinden, Hasskriminalität und Rechtsextremismus im Netz müssen wir mit aller Konsequenz verfolgen. „Es ist deshalb dringend notwendig, dass sie von der Bundesregierung den dem Weg gebrachte Gesetzesentwurf gegen Hasskriminalität im Netz nun endlich in Kraft treten kann", fordert das CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak. Doch ausgerechnet die Grünen blockieren. Im Bundesrat haben sie mit der FDP die Neuregelung der Bestandsdatenauskunft verhindert.

Darum geht es: Anonyme Tweets, Posts oder Nachrichten können kaum zurückverfolgt werden. Rufen sie zu Mord und Gewalt auf, bleibt dieser Straftat nicht nur ungesühnt. Sie können andere Täter radikalisiert werden und Anschläge verüben, weil sie sich bestätigt und unterstützt fühlen. Die Bundesregierung hat daher den Sicherheitsbehörden das Recht im Netz das Recht, Auskunft über den Anschlussinhaber eines Telefonanschlusses oder einer IP-Adresse zu verlangen. Doch das Gesetz drohe blockiert Grüne und FDP.

Gutes Leben und Glück im Alter kommt nicht von allein

Die meisten Menschen über 60 sind nach aktuellen Umfragen mit ihrem Leben zufrieden. Dabei stehen für 87 Prozent der Befragten Gesundheit und Fitness im Zentrum ihrer Wünsche. Befragungen haben ergeben, dass für 70 Prozent der Älteren besonders wichtig ist, nicht zum Pflegefall zu werden, neben körperlicher und geistiger Gesundheit spielt die Fähigkeit, sein Leben auch im höheren Alter selbstbestimmt zu führen, eine bedeutende Rolle. Auffällig Wittmann nach einer Abenatzschätze für 61 Prozent der 25- bis 60-Jährigen die Sicherung des Lebensstandards im Alter vorrangig ist. Dass aber jeder Dritte dieser Aspekt nur für 41 Prozent der Senioren weit oben auf der Wunschliste.

In einer Schweizer Studie mit Hundertjährigen kommt die Psychologin Daniela Jopp von der Universität Lausanne zum Ergebnis, dass die Lebenszufriedenheit im Alter stark daran hängt, ob man weiter selbständig handeln kann, sich gebraucht und anderen Menschen pflegt und insgesamt einen positiven Blick auf die Zukunft hat. Auch wenn Hundertjährige durchschnittlich unter fünf Krankheiten litten, hätten viele Strategien entwickelt, diese Einschränkungen im Alter zu akzeptieren. Gleichwohl forderte Professorin Jopp, dass man bei Hochbetagten stärker auf psychische Veränderungen achten müsse, um ein glückliches Altern zu ermöglichen.

Wilfried Goebels

Die **Europäische Kommission hat kürzlich ein Grünbuch vorgelegt,** mit dem sie eine breite politische Debatte über die **Herausforderungen und Chancen einer alternden Gesellschaft in Europa** anstoßen möchte. In dem Grünbuch legt die Kommission die Auswirkungen dieses deutlichen demografischen Trends auf unsere gesamte Wirtschaft und Gesellschaft dar und lädt die Öffentlichkeit ein, ihre Ansichten zum Umgang mit dieser Sachlage zu äußern.

Das Grünbuch stellt den Rahmen für die Debatte über die Bevölkerungsalterung ab, indem es die Gesichtspunkte und eine Reihe von Herausforderungen Wandels in unserer Gesellschaft sowie die zugehörigen Auswirkungen für unsere generelle Politik darlegt und die Fragen aufzeigt, die wir uns selbst stellen müssen. Dazu zählen alle Aspekte von der Förderung einer gesunden Lebensführung und des lebenslangen Lernens bis hin zur Gestaltung der Arbeitsmärkte, Sozialschutzsysteme, Gesundheitssysteme und Systemen der Nützenstiftung, mehr Menschen in die Erwerbsbevölkerung einzugliedern, zeigt die Möglichkeiten zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen auf und geht auf die Auswirkungen der Alterung auf unsere Berufsbildungen, unsere Wohlergehen, unsere Renten, unseren Sozialschutz und unserer Produktivität ein.

Da der demografische Wandel zur Alterung der europäischen Bevölkerung führt, soll mit dem Grünbuch eine breite öffentliche Debatte über dieses Thema angestoßen werden.

In dem Grünbuch

- werden die wichtigsten Aspekte im Zusammenhang mit dem Altern dargelegt;
- wird erörtert, wie die sozioökonomischen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung in Europa antizipiert werden können und wie darauf reagiert werden kann.

Link zum Download des Grünbuches

Gemeinsam gegen Einsamkeit – Für eine nationale Strategie

Positionspapier der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich das Themas

Einsamkeit: Eine wachsende Herausforderung

angenommen und ein umfassendes Positionspapier dazu entwickelt und lebt dies wie folgt ein:

Einsamkeit, ihre Auswirkungen und der Umgang mit ihr haben in den letzten Jahren die öffentliche Diskussion in Deutschland mehr und mehr bestimmt. Viele Menschen leiden unter Einsamkeit und Isolation, insbesondere die Auswirkungen der Folgen der gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gesundheitssystemen.

Die Corona-Pandemie hat das Ausmaß der Einsamkeit noch weiter verstärkt. Mit dem Ziel, Menschen von dem Corona-Virus zu Isolieren und das deutsche Gesundheitssystem nicht zu überfordern, haben Bund und Länder weitgehende Kontaktbeschränkungen beschlossen. Kontakte zu Familie, Freunden und Bekannten sind seit Monaten eingeschränkt. Am meisten betroffen dabei aber auch: Neue oder noch mehr Einsamkeit. Die Pandemie stellt uns damit noch einmal vor ganz neue Herausforderungen. Insbesondere neue, alleinlebende Menschen sind verunsichert und trauen sich kaum aus dem Haus. Sie sind von sozialen Leben abgeschnitten, ohne persönlichen Ausstausch. Die Generation, der wir so viel verdanken, leidet oft still. Aber auch junge Erwachsene und von Hoffnungslosigkeit und Einsamkeit betroffen. Für alle Generationen ist die aktuelle Situation schwer auszuhalten. Wir werden uns den gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der Pandemie in der kommenden Zeit verstärkt widmen müssen.

Download des Positionspapers über

Einsamkeit: Eine wachsende Herausforderung

Wahlbeteiligung und Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht in Deutschland

Eine Studie der KAS von Dominik Hirndorf

Der demografische Wandel führt zu einer Verschiebung zwischen den Altersgruppen der Wahlberechtigten: Die Generationen ab 60 Jahren stellen mehr als doppelt so viele potenzielle Wählerinnen und Wähler wie die Gruppe der unter 30-Jährigen.

Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen ist bei Männern und Frauen in der Summe gleich hoch. Allerdings gibt. In allen Altersgruppen unter 60 Jahren gehen Frauen etwas häufiger zur Wahl, dagegen ist die Wahlbeteiligung der Männer bei den ab 70-Jährigen deutlich höher als die der Frauen.

Bei den Altersgruppen unter 40 Jahren liegt die Wahlbeteiligung unter dem Durchschnitt. Am niedrigsten ist sie bei den 21- bis 24-Jährigen. Die Altersklassen ab 40 Jahren liegen dagegen im oder über dem Durchschnitt. Zudem steigt die Wahlbeteiligung der ab 70-Jährigen an, die bis 2009 noch unterdurchschnittliche Werte der Wahlbeteiligung aufwiesen.

Download der Studie über

Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Mit der Auszeichnung durch die „Goldene Medaille für Verdienste um Verständnung und Verständigung unter den Völkern" sagte die Gruppe der unter 30-Jährigen. Die Ehrung honeursgrande Lebensleistung, die in Zusammenwirken mit Bundeskanzler Helmut Kohl bei zahlreichen historischen Treffen im Kaukasus die Wiedervereinigung Deutschlands möglich machte.

Präsident Gorbatschow und Prof. Dr. Otto Wulff als Bundesvorsitzender der Senioren-Union richteten seinerzeit mit einem gemeinsamen Appell den Blick in die Zukunft. Europa und Russland müssen ein dauerhaftes und friedenschaffendes Verhältnis zueinander finden mit allen nur möglichen guten politischen, wirtschaftlichen, vor allem kulturellen Beziehungen. Das liegt im wohlverstandenen Interesse unserer beiden Völker und dient dem Frieden in der Welt."

Herzliche Glückwünsche begleiten einen Blumenguß an den Jubilar nach Moskau.
Ad multos annos!

Senioren-Union der CDU Deutschlands

Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Deutschland

030 22070405
seniorenunion@cdu.de
www.senioren-union.de
http://facebook.com/seniorenunion

Abmelden von diesem E-Mail-Verteiler können Sie hier.